

# Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen      Amtsblatt      Anzeiger für das blaue Ländchen

Umfassend die Ortshaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hegloch, Kloppenheim, Massenheim, Modenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Erscheint 3 mal wöchentlich  
Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die  
Postvierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige  
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen  
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro  
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen  
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt

Nr. 121.

Dienstag, den 15. Oktober 1918.

18. Jahrgang.

## Unsere Abwehrschlachten.

Gr. Hauptquartier, 13. Oktober 1918. Amtlich.  
Westlicher Kriegshauptquartier.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.** Am Kanal-Abchnitt beiderseits von Douai und am Westrande von Douai stehen wir in Gefechtsförmigkeit mit dem Feinde. Douai hat durch feindliche Artilleriefeuer und Fliegerbomben erheblich gelitten. Nordöstlich von Cambrai haben wir uns in der Nacht vom 11. zum 12. Oktober vom Feinde etwas abgesetzt. Der Feind ist gestern mittag gefolgt und stand am Abend bei Avesnes le sac und auf den Höhen am westlichen Selle-Ufer bei Saulzoir und Haussy. Am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf beiderseits von le Cateau. Zwischen Solesmes und le Cateau griff der Feind mit starken Kräften an. Es gelang ihm, beiderseits von Neubilly in unsere Stellungen einzudringen. Unser durch härteste Artillerievirkung vorbereiteter Gegenangriff führte zu vollem Erfolge und warf den Feind wieder zurück. Ein am Abend bei Briastre erneut vordringender Teilangriff wurde abgewiesen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.** Nördlich der Duse setzte der Gegner zu starken Angriffen beiderseits von Saur Andigny, östlich von Bohain und bei Aisneville an. Bei und nördlich von Dignigny suchte er über die Duse in unsere Stellungen einzudringen. Die Hauptlast des Kampfes trugen thüringische Regimenter. Der Feind wurde überall, teilweise in hartem Nahkampf und im Gegenstoß abgewiesen.

Auf der Front zwischen Duse und Aisne ist der Feind unseren rückgängigen Bewegungen auch gestern nur langsam gefolgt. Er hatte am Abend die Waldungen von St. Gobair, die Höhen nördlich der Ailette und Amifontaine erreicht. Nördlich des Retourne-Abchnitts hat er die Linie Asfeld-la Bille—Abercon—Berthes—Baur Champagne—Bouziers nur mit schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die südlich von Bouziers über die Aisne vorstießen, wurden gefangen genommen. Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne wurden abgewiesen.

Teilangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas scheiterten. Ernstere Kämpfe hielten tagsüber östlich der Maas zwischen dem Ormontvalde und dem Wavrille nordöstlich von Beaumont an. Der Amerikaner, der unter starkem Kräfteinsatz seine vergeblichen Angriffe immer wieder erneuerte, wurde von preussischen, sächsischen, württembergischen und österreichisch-ungarischen Regimentern in hartem Kampf zurückgeworfen.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.** Bei unseren Unternehmungen westlich von Namont und nördlich des Rhein-Rhone-Kanals machten wir Geländegewinne.

### Südöstlicher Kriegshauptquartier.

Kämpfe in der Gegend von Nisch. Stärkeren Angriffen wichen unsere Truppen beschlagnahmt auf die Höhen nördlich der Stadt aus. Nisch wurde vom Feinde besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

### Villi und Laon unter schwerem Feuer.

Ville wird seit mehreren Tagen von den Engländern beschossen. Am 10. Oktober erhielt die Vorstadt Lambertart, am 11. die Vorstadt Mabelaine schweres Feuer. Es hat infolgedessen eine Massenflucht der Bevölkerung eingesetzt. Die deutsche Heeresleitung sah dies kommen und hatte deshalb durch die Vermittlung der Schweiz an die französische Regierung die Mitteilung gerichtet, daß sie, wenn aus Furcht vor der Beschickung die Massenflucht eintrete, nicht imstande sein werde, für diese Massen annähernd zu sorgen, so sehr sie bemüht sei, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern. Gleichzeitig ist die holländische Regierung gefragt worden, ob es ihr möglich sein würde, für die Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische Regierung hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, nach Möglichkeit zu helfen. Von der französischen Regierung ist bisher keine Mitteilung eingegangen. — Schlimmer noch als Ville geht es Laon. Kein Tag vergeht, an dem nicht mindestens 600 Geschosse das Weichbild der Stadt zerreißen. Die verängstigten Einwohner sitzen in ihren Kellern, Schlupflöchern und Unterschlüpfen. Sie sind außerordentlich erregt und sprechen von der französischen Heeresleitung und Regierung nur in Worten voll tiefsten Abscheus.

**Politische Amnestie.** Der Kaiser hat den Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preussischen Zivilgerichten einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebens-

mittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, im weiten Umfange ihm zur Begnadigung vorzuschlagen. Eine gleiche Amnestie erfolgt in den deutschen Bundesstaaten und Freien Städte.

## Eine Krise wegen eines Kanzlerbriefes.

In der neuen Regierung haben sich, wie der „Vorwärts“ schreibt, „Komplikationen“ ergeben. Diesen liegt ein Brief zu Grunde, den vor ¼ Jahren der jetzige Reichskanzler geschrieben hat und der nach Auffassung sozialistischer Kreise Zweifel wecken kann an der Aufrichtigkeit und Geradlinigkeit des Kanzlers.

Der tatsächliche Vorgang ist folgender: Der Prinz Max von Baden hat im Januar 1918 an den Prinzen Alexander v. Hohenzollern, dessen pazifistischen Ansichten bekannt sind, und der in einem Schweizer Hotel lebt, einen Brief geschrieben, der von einem Agenten der Entente dort entwendet und jetzt nach der Reichstagsrede des neuen Kanzlers in der nichtdeutschen Presse veröffentlicht worden ist. In diesem Briefe hat Prinz Max von Baden sowohl über die Parlamentarisierung als über die Kriegsziele und die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit Ideen entwickelt, die in einem unbestreitbaren Gegensatz zu den jetzt von ihm vorgetragenen Ideen stehen. Er beklagt sich über das Lob, das ihm infolge seiner Karlsruher Rede von Blättern der Entente gesendet wurde, und sagt, er habe deutlich genug die demokratische Bore und die Formel des Parlamentarismus abgelehnt. Er fordert eine möglichst gründliche politische Ausnutzung der militärischen Erfolge und will nicht, daß noch mehr über Belgien gesagt werde, als bereits gesagt worden sei.

Prinz Max hat den Führern der Mehrheitsparteien in einer längeren Erklärung den Ursprung des Briefes, den Hergang der Angelegenheit und die Entwicklung seiner politischen Anschauungen dargelegt. Er konnte dabei insbesondere auf einen Satz in dem Briefe hinweisen, daß die von ihm entwickelten Gedanken keine Geltung hätten, wenn es möglich sein sollte, zu einem dauernden Frieden zu gelangen. Den meisten oder allen „bürgerlichen“ Parlamentariern hat seine Darlegung genügt, oder sie sind doch von dem Wunsche, eine neue Kanzlerkrise zu vermeiden, beiseite. Die Sozialdemokraten zögern und schwanken noch und nehmen bisher eine ziemlich abweisende Haltung ein. Man hat gesagt, sie würden aus der Regierung ausscheiden, wenn der Prinz Reichskanzler bliebe, und begehren, den Prinzen Max von Baden durch Herrn v. Baher ersetzt zu sehen. Der Prinz ist ohne weiteres bereit, zurückzutreten, wenn eine große Mehrheitspartei, wie die Sozialdemokratische, auf solchen Willen besteht.

Am Sonntag mittag verläutete, der Prinz habe sein Entlassungsgesuch eingereicht, jedoch wurde uns von zuständigen Stelle versichert, daß noch keine endgültige Entscheidung darüber, ob der Kanzler gehe oder bleibe, vorliege. Es scheint nach den bisher aus dem Ausland vorliegenden Pressestimmen, daß man bei uns den Brief tragischer nimmt als dort. Wie der „Vorwärts“ betont, herrscht bei uns darüber in allen beteiligten Kreisen volle Uebereinstimmung, daß hinter den ungeheueren sachlichen Interessen, die auf dem Spiele stehen, alles Persönliche zurücktreten muß.

## Forderungen zur Einigung an Wilson.

Die Presse ist sich bei der Besprechung der Note über einige wichtige Punkte völlig einig:

Die Antwort ist erfolgt unter Zustimmung der Obersten Heeresleitung und sämtlicher Staatssekretäre und Minister. Man kann auch mit der Zustimmung der übergroßen Mehrheit des Reichstages rechnen. Die Sprache der Antwort ist unbedingt klar, so daß Wilson zu Rückfragen keinen Grund hat. Das deutsche Ziel ist ein dauernder Rechtsfrieden, gegen einen Gewaltfrieden würden wir uns mit aller Kraft auch weiter zur Wehr setzen. Die verlangte Kommissionsberatung nach eingetretener Waffenruhe wird uns gegen zu weitgehenden Forderungen der Entente sichern. Bezüglich Elsaß-Lothringens und der Schaffung eines polnischen Staates nehmen wir die Regelung durch den internationalen Friedenskongreß an. Wilsons Auffassungen über der Rechtsfrieden, der kein Volk vernünftigen soll, schließt uns vor zu großen feindlichen Forderungen. Wie die Klärung im Einzelnen sich vollzieht, soll nach Abschluß des Waffenstillstandes bestimmt werden.

Die rechtsstehende Presse beklagt sich bitter über die Beschränkung der Kritik, die ihr auferlegt worden sei. Sie hält diesen Friedensvorschlag für unzulänglich. Die übrige Presse erhofft von einem Frieden im Wilsonschen Geiste, wenn er uns auch schwere Opfer koste für Deutschland auch wesentliche Vorteile.

### Erzberger und Friedberg zur Note.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ äußern sich die Staatssekretäre Erzberger und Dr. Friedberg zur Note.

Erzberger sagt u. a.:

„So wenig wie früher bieten wir die Hand zum Frieden aus Schwäche, sondern in der Ueberzeugung, daß weder der einen noch der anderen Mächtegruppe ein Sieg im Sinne der völligen Niederwerfung des Gegners möglich sein wird. Um eine Fortsetzung des Nordens zu vermeiden, das angesichts dieser klaren Erkenntnis ein verbrecherisches genannt werden müßte, haben wir abermals einen Friedensschritt unternommen. Wir haben ihn unternommen, weil wir überzeugt sind, daß angesichts der tiefgreifenden Veränderungen unserer staatlichen Ordnung einem Zweifel an der früher systematisch bestrittenen Vertrauenswürdigkeit deutscher Friedensangebote kein Raum mehr gelassen ist.“

Dr. Friedberg erklärt:

„Wir haben uns gerade an Wilson gewandt, weil die neue deutsche Regierung sich in einem Punkte, und zwar in dem wichtigsten, in voller Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Wilson befindet. Sie erstrebt einen Rechtsfrieden und weist jede Art von Gewaltfrieden von sich, ebenso sehr gegenüber den Gegnern, wie sie einem dem deutschen Volke aufgedrungenen Gewaltfrieden mit Ausbietung der ganzen Volkskraft Widerstand leisten würde.“ — Weiter betont Dr. Friedberg, daß die jetzige Regierung die Einwirkung des Volkes auf die Lenkung seiner Geschichte auf bretester Basis sicherstellt. „Ich brauche zum Beweise dafür nur auf die Energie zu verweisen, die die Regierung in der Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage bewiesen hat. Sie hat es vermocht, in kurzer Zeit die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und zwar kampfslos zu sichern. Das ist die erste Frucht ihrer Tätigkeit, und sie hat damit den Beweis geleistet, daß sie die Zusammenfassung aller Volkskräfte auf freiheitlicher Grundlage als ihr Ziel im Auge hat.“

## Am Wendepunkt der Weltgeschichte.

Entscheidende Augenblicke.

Wilson's Antwort auf das deutsche Friedensangebot gibt unzweifelhaft die Möglichkeit zu weiterer Verhandlung; das ist ein weiterer Schritt zu dem erstrebten Endziel, der Welt den Frieden auf fester Grundlage zu geben, die der amerikanische Präsident in seinen Vorträgen und Rundreden vorgezeichnet hat.

Voraussetzung für das Gelingen aller Friedensbemühungen ist natürlich die Nichtigkeit der Annahme, daß Wilson ernstlich einen Rechtsfrieden will, einen Frieden, der allseitig befriedigt, der keine unheilbaren Wunden schlägt, und der nirgends und für keine Zukunft einen Stachel zurückläßt. Das zu bezweifeln, liegt vorläufig kein Grund vor.

Wenn Wilson sich an jene vier scharf formulierten Programmpunkte hält, die er in seiner bekannten Gedächtnisrede am Grabe Washingtons am 4. Juli 1918 entwickelt hat, dann scheint der Weg angedeutet zu sein, der zum Frieden, und zwar zum Dauerfrieden, führen muß. Die Wahrung dieser vier Prinzipien der nationalen Freiheit, Ehre und wirtschaftlichen Entwicklung ist allerdings eine Forderung, von der kein Volk — ohne sich und seine Zukunft aufs Spiel zu setzen — abgehen kann. Ihnen gegenüber treten die übrigen Friedensbedingungen Wilsons zurück — es wird sich unschwer darüber am Beratungskongreß eine Verständigung erzielen lassen.

Es muß immer wieder betont werden, und der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat das in seiner Reichstagsrede besonders hervorgehoben, daß wir nicht daran denken, bedingungslos die Waffen niederzulegen. Unsere Heere stehen noch immer ungeschlagen tief in Feindesland, und das deutsche Volk ist nicht so kraftlos, um sich einen Raub- und Vernichtungsfrieden aufzwingen zu lassen. Es will den Frieden, aber einen Frieden, der seine Ehre und seinen nationalen Bestand unangefastet läßt, und der ihm die Luft zum Atmen läßt. Wilsons programmatische Forderungen scheinen dafür eine geeignete Grundlage zu bieten. Die deutsche Regierung hat sie angenommen und wird nunmehr schleunigst auf die Rückfrage des amerikanischen Präsidenten die antwortende Erklärung auf der Basis seiner eigenen Forderungen in klarer, eindeutiger Formulierung abgeben.

Wir im Lande sind uns des Ernstes und der ungeheuren Tragweite der Geschicke dieser Stunde wohl bewußt, aber wir können das Ergebnis unseres Friedensschrittes in ruhiger Festigkeit erwarten — wir sind ehrlich zum ehrenhaften Frieden bereit, aber auch bereit, den Vernichtungswillen der Feinde zu brechen.

# Allgemeine Kriegsnachrichten.

200 000 Flüchtlinge aus Nordfrankreich.

Aus Rosendaal an der belgisch-holländischen Grenze wird gemeldet: Hier fanden Besprechungen zwischen dem holländischen Gesandten in Brüssel, dem französischen Gesandten in Haag und Mitgliedern des Unterstützungsausschusses statt, zwecks Unterbringung von etwa 200 000 Flüchtlingen aus Nordfrankreich, die augenblicklich zwischen Brüssel und Antwerpen untergebracht sind. Sie sollen nach Holland gebracht werden.

## Rußlands Schuld am Weltkrieg.

Im sozialistischen „Populaire“ findet sich folgendes Zwischenstück, das sich in der Verhandlung der französischen Kammer über die Zulassung der russischen Anträge ereignete:

„Der Abgeordnete Raffin Dugens machte den Zwischenruf: „Rußland hat uns in den Krieg gerissen.“ Finanzminister Klog: „Ich protestiere gegen diese Behauptung.“

Der Präsident: „Vergessen Sie nicht, Herr Raffin Dugens, daß Deutschland den Angriff seit 40 Jahren vorbereitet.“

Raffin Dugens: „Ja, aber Rußland hat ihm den Wunden beigebracht, daß es selbst bedroht war.“ (Bewegung.)

Donnesous: „Sie verteidigen ein Volk von Tartaren.“

Maheux: „Tartare ist aus dem französischen Repertoire.“

Raffin Dugens: „Jedenfalls hatte Deutschland nicht das zaristische Regiment, das unsere Regierungen geführt haben.“

## Der Soff gegen feindliche Verhetzung.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Soff empfing am Freitag den Direktor des V.D.D., Dr. Wanner und machte folgende Ausführungen: Ein besonders gefährlicher Zug der Verhetzung, mit der ein Teil der feindlichen Nachrichtenpresse die gegenwärtige Krise des Krieges begleitet, ist die immer wiederholte Beschuldigung, wir verüßten bei unserem Vorgehen absichtlich und systematisch das besetzte französische Gebiet. Dieser Beschuldigung gegenüber möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Es ist unklar, daß deutsche Truppen Verwundete niedergemetzelt, Krankenhäuser und Schulen vorfälschlich in die Luft gesprengt, Kirchen verüßten und andere Verbrechen an feindlichen Gefangenen und der Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen haben. Die Zerstörungsarbeit, die bei unserer mit jeder Rücksichtslosigkeit in der Gefährdung aller Seiten unermesslich war, hat sich überall auf das Maß der wirklich unerläßlichen harten Kriegsnötwendigkeit beschränkt, die dem sich zurückziehenden Heere bedient, in seinem Rücken dem Gegner Stützpunkte erheblichen militärischen Wertes zu hinterlassen. Trotzdem blieb bei unserer Rückzugsoperation im Jahre 1917 die Stadt Rohon von uns unversehrt. Sie ist alsbald den englischen und französischen Besatzern zum Opfer gefallen. Solange der Kampf weiter geht, so sehr wir den Verlust unersehener Kunstwerke bedauern, die Rücksicht selbst auf die schwerwiegendsten Kulturschätze muß der Rücksicht auf das Leben unserer Vaterlandsverteidiger nachstehen. Wenn von feindlicher Seite diese Notwendigkeit bestritten wird, warum betrachten dann die Feinde, die doch angreifen, nicht Verteidiger sind, die vernichtende Beschädigung von Roulers, Cambrai, St. Quentin, Douai und anderer französischer Städte hinter unserer Front als militärisch geboten? Denken sie gar nicht an die Leiden der Zivilbevölkerung, die unter strömendem Regen in Scharen die gefährdeten Orte verläßt und auf allen Straßen und Wegen schußsüchtig nach Belgien strebt, der Zivilbevölkerung, deren Verpflegung unterwegs zurzeit an die Kräfte der deutschen Besatzung fast unerfüllbare Forderungen stellt?

## Politische Rundschau.

Berlin, 1. Oktober 1918.  
Die nächste Sitzung des Reichstages findet am Mittwoch, dem 16. Oktober, 1 Uhr, statt.

## Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

Rachdruck verboten.  
„D, das ist so eine Gewohnheit aus meinen Kindertagen. Und als Onkel Rainer warst du mir immer so vertraut.“  
„Könnte ich es nicht noch mehr werden, als dein Vatte?“  
Es lag etwas Drängendes in seinen Worten. Daß sie ihn fest noch abweisen konnte, erschien ihm unmöglich. Wie war sie ihm so schön und bald erschienen, als in dieser Stunde, und er war durchaus nicht so ruhig, als er schien.  
Sie sah ihn wieder an. Und sie fühlte, daß sie jetzt unlagbar glücklich sein würde, wenn — ja wenn? Sie wußte selbst nicht recht, was ihr fehlte bei dieser Werbung, gestand sich nicht ein, daß sie heimlich wünschte, er möge zu ihr sagen:  
„Ich liebe dich heiß und innig, wie der Mann das Weib lieben soll, daß er zur Frau begehrt.“  
Sie strich sich über die Stirn.  
„Aun, Jostia? Willst du meine Frau werden, oder muß ich betraut mit einem „Rein“ von hinnen gehen?“ fragte er nochmals.  
„Wärst du sehr betraut?“ fragte sie hastig.  
„Ja, sehr.“ antwortete er ernst, und er fühlte, daß er die Wahrheit sprach, trotzdem er Jostia nicht liebte.  
„Ich möchte dich um alles nicht betrauen,“ sagte sie leise.  
„So willst du ein?“  
Sie lauschte auf den freudigen Klang in seiner Stimme und sah, daß seine Augen warm und bittend die ihren suchte, wenn auch nicht mit dem Ausdruck, den sie unbedingt ersehnte.  
Einen Augenblick schwankte sie noch. Aber dann mußte sie denken:  
„Wenn du jetzt „Rein“ sagst, dann geht er fort, vielleicht für immer, und du siehst ihn nie wieder.“  
Das schien ihr härter als der Tod. Dieser Gedanke kramte ihr das Herz zusammen. Schnell, ohne weiteres Bestimmen, legte sie ihre Hand in die seine.

Unterstaatssekretär Giesberts. Wie wir erfahren, steht die Ernennung des Abgeordneten Giesberts zum Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt bevor.

Johann Giesberts wurde in Straelen (Kreis Geldern), wo sein Vater Bäckermeister war, am 3. Februar 1865 geboren. Er erlernte die Bäckerei und Brauerei, wurde dann aber Metallarbeiter und schließlich Holzzer. Er trat in der christlichen Gewerkschaftsbewegung schon in den 80er Jahren hervor. 1905 wurde er für den Wahlkreis Essen in den Reichstag gewählt, in dem er sich der Zentrumsfraction anschloß und nun einen großen Einfluß auf die Sozialpolitik gewann.

Noch ein Staatssekretär! Ein Blatt meldete, daß der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Konrad Kaufmann für einen wichtigen diplomatischen Außenposten in Aussicht genommen sei. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Es ist vielmehr beabsichtigt, die Stelle eines vierten Staatssekretärs ohne Portefeuille zu schaffen, die der Abgeordnete Kaufmann übernehmen wird.

Das neuerrichtete Reichsarbeitsamt unter Leitung des Vorsitzenden der freien Arbeiter-Gewerkschaften, Abg. Bauer, wird in den Gebäuden der A.G. in der Luisenstraße in Berlin seine Tätigkeit in diesen Tagen aufnehmen. Die Leiter der beiden sozialpolitischen Abteilungen, Unterstaatssekretär Dr. Caspar und Direktor Wuermeling, werden vom Reichsarbeitsamt übernommen.

Nach Sachsen auch Hessen? Die sozialdemokratische Partei in Hessen fordert unverzüglich Schritte zur Durchführung einer Wahlreform und zur Parlamentarisierung der hessischen Regierung.

Eine militärische Folge der Reorientierung. Die kommandierenden Generale der stellw. Generalkommandos 7 (Münster) und 2 (Erfurt) von Gahl und von Bielehoff-Scheel werden, wie einige Blätter melden, in Verfolg der Neuordnungen in der Handhabung der Bestimmungen des Belagerungszustandes von ihren Posten zurücktreten. — Besonders gegen den letzteren waren immer wieder scharfe Angriffe von sozialdemokratischer Seite erhoben worden, so der derbändigen Hinwegsetzung über Beschlüsse des Reichstages.

Ein Gnadenlaß in Württemberg. Aus Stuttgart wird gemeldet: Ein aus Anlaß des Geburtstages der Königin ergangener Gnadenlaß verfügt die Abschaffung von noch nicht vollstreckten Strafen gegen Ehefrauen und Witwen von Kriegsteilnehmern.

„Spartakus“. Die Stuttgarter Strafkammer verurteilte den radikalsozialistischen Landtagsabgeordneten Döschta wegen unerlaubter Verbreitung der politischen Druckschrift „Spartakus“ zu 2 Monaten Gefängnis, die durch 6monatige Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Einigung in der Wahlrechtsfrage? Der „Soff-Beitrag“ zufolge wird zwischen den Parteien des Abgeordnetenhauses und in einflussreichen Kreisen des Herrenhauses über die Möglichkeit einer schleunigen Erledigung der Verfassungsfrage verhandelt. Als Grundlage dient dabei die Regierungsvorlage, und zwar in ihrer ursprünglichen Form, die das gleiche Wahlrecht ohne jede Zusatzimmunität vorsieht. Als einzige Sicherungen sollen die vom Zentrum geforderten konfessionellen Garantien eingefügt werden. Wenn auch die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, so könne man doch sagen, daß sie ein günstiges Ergebnis mit völliger Sicherheit erwarten lassen.

## Oesterreich: Die Krise wäpft.

In Oesterreich steht eine Kabinettstürze unmittelbar bevor. Hussarek hat die Parteiführer erlucht, sie möchten sich in Wien aufhalten, da Berufungen zum Kaiser erfolgen würden. Der Ministerpräsident hat Parteiführer zu Konferenzen eingeladen, um eine Grundlage für die Grenzen des Selbstbestimmungsrechts, aber das die Ansichten noch weit auseinandergehen, zu finden, damit eine neue Reiterung mit Erfolge an die Lösung dieses Problems

schritten könne. Im Zusammenhang damit nimmt das Werk über ein kommendes Ministerium Lammasch wieder festere Formen an. Hofrat Lammasch soll an die Spitze des sogenannten Friedensabkommens treten, gegen das aber die deutschen Parteien von vornherein Widerstand haben. Doch mißt man auch einer Kandidatur des Grafen Sclua-Farouca große Bedeutung bei. In Ungarn rechnet man ernstlich mit einer Regierung des Grafen Karolyi, dessen deutschfeindliche Haltung bekannt ist. — Man sieht, in Oesterreich entwickeln sich die Dinge recht unerfreulich.

Ueber die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen verlautet: Den Nationen Oesterreichs sollen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts solche Zugeständnisse eingeräumt werden, daß sie sich als Staaten konstituieren können. Zur Durchführung der Umformung soll ein sogenanntes „Bölkerverminsterium“ eingesetzt werden, in das alle Böller ihre Vertreter zu entsenden hätten. Diese Einrichtung nationaler Staaten soll sich selbstverständlich innerhalb der Monarchie vollziehen, und ihre Gemeinsamkeit soll aufrecht erhalten bleiben. Hofrat v. Lammasch, der an die Spitze dieses Bölkerverminsteriums treten soll, steht politisch den Christlich-Sozialen sehr nahe. In den letzten Jahren hat er energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet, bisweilen allerdings in einer Weise, die vielfach, namentlich in Deutschland, Bedenken erregt hat.

Ueber die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen verlautet: Den Nationen Oesterreichs sollen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts solche Zugeständnisse eingeräumt werden, daß sie sich als Staaten konstituieren können. Zur Durchführung der Umformung soll ein sogenanntes „Bölkerverminsterium“ eingesetzt werden, in das alle Böller ihre Vertreter zu entsenden hätten. Diese Einrichtung nationaler Staaten soll sich selbstverständlich innerhalb der Monarchie vollziehen, und ihre Gemeinsamkeit soll aufrecht erhalten bleiben.

Hofrat v. Lammasch, der an die Spitze dieses Bölkerverminsteriums treten soll, steht politisch den Christlich-Sozialen sehr nahe. In den letzten Jahren hat er energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet, bisweilen allerdings in einer Weise, die vielfach, namentlich in Deutschland, Bedenken erregt hat.

## Polen: Entscheidende Beschlüsse.

Unter der Leitung der Vereinigung der polnischen Gebiete wollen die führenden, bisher deutschfeindlich sich gebenden Parteien die Bildung einer Koalitionsregierung anstreben, welche sämtliche politischen Richtungen vereinigt und alle polnischen Gebiete, einschließlich der polnischen Ostmarken, vertreten soll. Sie verlangen die Ueberweisung der vollen Staatsgewalt mit Ergänzung durch die Organe, welche noch nicht bestehen (Kriegsministerium und Ministerium des Meeres). Vorgehoben wird besonders eine möglichst schnelle Bildung des Heeres unter nationalem Kommando. Die Parteien behandeln den Regententhron bereits als Amt. Er ist eine deutsch-oesterreichische Schöpfung, also muß er fallen. Danach bemüht sich auch der innere Wert des hierher gerichteten Erbes um Fortdauer der militärischen deutschen Okkupation. Wir sind darum gebeten worden, aber die Rose kann sich schnell ändern. Deutschland wird sich gewiß nicht scheuen, so schnell als möglich den Polen die Wuchterhaltung der Ordnung im Lande selbst zu überlassen.

## Japanische Quartiermacher für die Sowjets?

Die bolschewistische „Pravda“ meldet, daß sechs japanische Offiziere und 14 Quartiermacher in Kasan eingetroffen sind.

## In Gouvernement Wladimir haben die Fabriken die Arbeit eingestellt.

Es sind Todesfälle infolge Hungers vorgekommen.

## Der frühere Höchstkommandierende der russischen Truppen, General Alexejew, ist in Jekaterinodar gestorben.

Der frühere Kriegsminister Gutschkow, ein ungewisser Abenteuerer, der z. B. auch an dem Burenkrieg teilgenommen hat, ist in Rischn von der Robettenpartei, der er als Führer angehört, fälschlich worden.

## Türkei: Was geht da vor?

„Terdjuman-Hattat“ teilt die Einberufung des Parlaments für den 10. Oktober mit. „Chronos“ will aus better Quelle erfahren haben, daß die türkische Re-

sein würden. Ich hoffte im Sommer auf eine längere Zusammenkunft. Aber gestern Abend kam das so plötzlich über mich. Wir saßen, als hätte ich keine Minute mehr zögern, dir diese Frage vorzulegen. Und da reiste ich heute morgen ab — und hier bin ich nun — und halte meine Hand in der meinen.“  
Ehe sie etwas erwidern konnte, trat der Minister ein und sah fragend zu den beiden hinüber. Jostia eilte auf ihn zu und flüchelte in seine Arme, als suche sie Schutz vor sich selbst.  
„Papa — lieber Papa!“  
Der Minister tauchte über ihren Kopf hinweg einen Blick mit Graf Ramberg. Dieser neigte bejahend das Haupt. Da schloß der Minister seine Tochter fest in seine Arme.  
„Mein Liebes Kind!“ sagte er innig.  
„Graf Ramberg — trotz heran.“  
„Jostia hat mir ihr Jawort gegeben. Nun ist du mir ein treuer Vater, wie du mir bisher ein väterlicher Freund warst, und gib uns deinen Segen.“  
Schweigend legte der Minister die beiden Hände ineinander. Und dann sagte er warm: „Gott segne euch beide — und schenke euch ein friedliches Glück.“  
Jostia war es zu eng in der Brust. Sie fühlte, daß sie jetzt, wenigstens einige Minuten, allein sein mußte. Sie lächelte den Vater und stammelte eine hastige Entschuldigung. Dann ging sie schnell aus dem Zimmer.  
Die Portiere fiel hinter ihr zusammen, die den grünen Salon von dem Nebenzimmer trennte. In ihrer Erregung wendete die beiden Herren nicht, daß Jostias Schritt aus den weichen Teppichen verklang, und daß sie das Nebenzimmer nicht verließ. Jostia fühlte die Schritte unter sich zittern, sie konnte nicht weiter gehen, und sank im Nebenzimmer in einen Sessel. Die Hände fest auf das klopfende Herz gepreßt, sah sie da und lauschte in sich hinein, bis vor drüben die Stimmen der beiden Herren an ihr Ohr schlugen. (Fortsetzung folgt.)

gierung keinen Entzügen (d. h. in der Friedensfrage) vor dem Zusammentritt des Parlaments fassen werde.

### Volkswirtschaftliches.

3, 2 Proz. Stammwurz noch zu viel! Die Biertrinker mögen hören, was man ihnen zugebacht hat! In einer von 3000 Biergetreide- und Brauereierzeugnissen Besammlung in Berlin wurde in Anbetracht der geringen Verzehrmenge der vom Kriegsernährungsamt eingeführte Mischstammwurzgehalt (Ertragsgehalt) der Wurz von 2 Prozent einmütig für unzulässig erklärt. Wenn nicht die Rentabilität der Brauereien, und zwar namentlich der kleineren, untergraben werden sollte, so ist eine Aufhebung dieser Beschränkung betreffend den Mischstammwurzgehalt zu fordern. Die Berliner Biertrinker empfinden sich laut darüber, daß in Berlin ein Liter einjähriges Bier kostet, während in Bayern ein Liter echt bayerisches Bieres für 38 Pf. zu haben ist.

### Das Herrenhaus gibt völlig nach.

Die Alterszulassung fällt. Die kulturellen Sicherungen bleiben.

Ueber die heutige Veranlagung des Wahlrechtsausschusses des Herrenhauses erhalten wir folgenden amtlichen Bericht: In der heutigen Sitzung der Wahlrechtskommission lagen die in der letzten Sitzung angeführten Abänderungsanträge vor. Sie wurden bei 18 Stimmenmehrheit im ganzen angenommen. Darnach ergeben sich gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung folgende wesentliche Abänderungen:

Die Alterszulassung fällt, die Aufenthaltsdauer für Wahlausübung von einem Jahr wird auf sechs Monate beschränkt. Die Forderung der dreijährigen Staatsangehörigkeit wird beseitigt, ebenso die Wahlpflicht; die Wahlauswahlgründe werden eingeschränkt; die für Verleihung eines welferen Abgeordneten erforderliche Einwohnerzahl von 250 000 wird auf 200 000 ermäßigt; die Verhältniswahl wird in einer Anzahl großstädtischer Wahlkreise eingeführt und kann im Wege der Gesetzgebung ausgedehnt werden. Das Herrenhaus wird in seiner Zusammenfassung in soweit geändert, wie in der ersten Lesung beschlossen; außerdem treten 16 Vertreter der Arbeiter und 8 Vertreter der Angestellten hinzu, während die Vertretung des Grundbesitzes verringert wird. Der numerus clausus wird wieder auf 150 erhöht. Die kulturellen Sicherungen verbleiben in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form. Das Staatsrecht des Herrenhauses wird gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung eingeschränkt, so daß in diesem Punkte im wesentlichen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wieder hergestellt werden.

Der Wahlrechtsausschuss besteht aus 28 Mitgliedern; die heutigen Beschlüsse sind also durch die Stimmenthaltung der Mehrheit zustande gekommen. Die Mehrheit befand sich durch die Stimmenthaltung, daß sie dem Wert der Wahlreform nicht weiter hinderlich sein will. Daß sie sich nicht entschließen konnte, positiv an dem Zustandekommen mitzuwirken, ist bei der grundsätzlichen ablehnenden Haltung der konservativen Mehrheit des Hauses erklärlich.

### Die Neuordnung im Reich.

Am 8. Okt. 1918 hat der Bundesrat dem Entwurf eines Gesetzes zugestimmt, das mit der eingeleiteten Parlamentarisierung im engen Zusammenhang steht. Danach soll zunächst Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden, d. h. bestimmt, daß Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besonderes Reichs- oder Staatsamt annehmen. Dann soll im Gesetz über die Stellvertretung des Reichstages vom 17. März 1878 der zweite Satz weggelassen, wonach außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Reichstages ernannt werden dürfen. Endlich soll dem ersten Paragraphen desselben Gesetzes von 1878 der Satz zugefügt werden: „Die Stellvertreter des Reichstages müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden.“

In der Begründung heißt es: „Durch Erlass vom 30. September hat der Kaiser seinen Willen dahin kundgetan, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in welchem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen.“

Praktisch von größerem Belang ist der erste Teil der Anträge. Die alte Verfassung würde neuerdings, nämlich im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen vom 24. August 1918 insofern zu unerwünschten Ergebnissen führen, als die in Verhältniswahlkreisen gewählten Mitglieder des Reichstages, die durch die Annahme eines Reichs- oder Staatsamtes ihren Sitz im Reichstag verlieren, nicht die Möglichkeit haben, ihn in ihrem bisherigen Wahlkreis zu verzerren, da nach § 15 des Verhältniswahlgesetzes beim Auscheiden eines in einem Verhältniswahlkreis gewählten Abgeordneten der nächstberechtigte Bewerber ohne Ersatzwahl direkt an seine Stelle tritt.

Die Weiterbildung der Reichsverfassung. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, sie habe Grund zu der Annahme, daß außer den bereits früher erwähnten Reformen der Reichsverfassung eine weitere beschlossen sei und demnächst dem Reichstag vorgelegt werde. Sie werde das bisherige Reglement gerade in der für ein Volk allerwichtigsten Funktion aufheben.

Die Zentrumsrechte und Mehrheitsprogramm. Bei der Beratung des Programms der Mehrheitsparteien in der Zentrumsfraktion am 3. Oktober wurde im Namen eines Teiles der Fraktion folgende Erklärung abgegeben: „Niemand von uns kann sich dem außerordentlichen Ernst der Lage und der Notwendigkeit, ihr an-

zustimmend zuzustimmen, und so nicht, um nicht zu wissen, ob wir zu dringen, vorzuziehen. Der gegenwärtige Augenblick verbietet es, zu den einzelnen Punkten des vorgelesenen Programms kritisch Stellung zu nehmen, doch soll das Schweigen keine Billigung aller Punkte bedeuten.“

Wir bedauern die Ausschaltung der rechtsstehenden Parteien, welche außenpolitisch wie innerpolitisch bedenklich ist, da sie die dringend nötige Einheit der inneren Front nicht nur nicht herstellt, sondern an sich mit Vorbedacht durchbricht und dem Prinzip der nationalen Verteidigung widerspricht. Andererseits lassen die Verhandlungen sowie die enge, dauernde Verbrüderung mit der Sozialdemokratie und die weitgehende Unterwerfung unter ihre Erfordernisse die wachsenden Forderungen nach einer programmatischen Ziele unserer Partei als gefährdet erscheinen.

### Zum deutschen Friedensangebot.

Die „Germania“ schreibt, es sei richtig, daß diese Erklärung in der Fraktion gelesen worden sei, es ständen vielleicht 6 Mitglieder dahinter. Es handele sich um eine rein platonische Erklärung, die schließlich nicht mehr besagt, als wenn auch in der Sozialdemokratie das eine oder andere Mitglied der Fraktion mit der Politik der Leitung nicht ganz zufrieden sei. Die Zentrumsfraktion hat die „Erklärung“ entgegengekommen, ohne ihr irgendwelche Folge zu geben. Sie wurde gar nicht erörtert, sondern ohne weiteres von Vorlesenden zu den Akten genommen.

Der „Süddeutschen Volkszeitung“ zufolge hätte der Kardinal-Staatssekretär Caspari eine längere Unterredung mit dem Papste über den Friedensvorschlag der Mittelmächte. Kurz darauf empfing der Papst den belgischen Gesandten in Privataudienz.

Wilson und die österreichische Note. Aus dem Umstand, daß die Verantwortung des österreichisch-ungarischen Friedensschrittes seitens Wilsons noch nicht in Erwägung gezogen wird, schließen Wiener politische Kreise, daß Wilsons Antwort an Österreich-Ungarn erst nach Deutschlands Ermüdung an Wilson erfolgen wird.

Der englische Parlamentarier Major Davies kündigte an, daß der liberale englische Politiker Wey, der zu Kriegsbeginn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten im Kabinett Asquith war, diese Woche eine neue Kampagne zugunsten des Völkerbundes einleiten werde. Die hauptsächlich darin bestehen soll, Unterschriften für eine Petition an das Parlament zugunsten der Errichtung eines Völkerbundes zu sammeln. Eine weitere große Kampagne zugunsten des Völkerbundesgedankens wird von dem nächsten Agnall der freien Kirchen eingeleitet werden, das Tausende von Ehrenplakaten der Professoren Wey verteilen und durch ihre sehr zahlreicheren Organisationen Vorträge über den Völkerbund abhalten lassen soll.

Ein Schritt des Kaiserreichs. Die konservative Fraktion des Reichstages hat dem Reichsanwalt ihre schweren Bedenken gegen die Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson ausgesprochen.

Der Reichsanwalt der in der Presse veröffentlichten Verhandlungsprotokolle. Eine für das große Publikum wichtige Entscheidung, die jetzt die Reichskasse erlangt hat, ist die des Reichsanwalts Berlin. Sie zeigt, aus wie wichtig es heute für jeden Konsumenten ist, die Zeitung auch in ihrem Inseraten teil sorgfältig zu lesen, wofern er sich vor Schäden bewahren will. Der Verband Deutscher Farbwerke hatte den Beschluß gefaßt, daß seine Mitglieder, zu denen alle bekannten Farbwerke und chemischen Waschanstalten zählen, bei Verlust der ihnen von der Kundenschaft übergebenen Wertobjekte höchstens das Zehnfache der Höhe der Farbwerke zahlen. Diesen Beschluß veröffentlichte der Verband in sieben der gelesesten Zeitungen Groß-Preußens. Als nun von einem Kunden eine Decke im Wert von 300 Mark abhandelt, die 15 Mark Farbgebühren kostete, zählte die Farberei entsprechend dem Verbandsbeschluss nur 150 Mark, womit sich indes der Beschädigte nicht zufriedengeben wollte. Er wendete den Klagenweg und wandte ein, daß man ihm nicht zumuten könne, auch noch alle privaten Anzeigen zu lesen; er habe mit dem Studium der öffentlichen Zeitungen und Bekanntmachungen gerade genug zu tun. Das Gericht wies den Kläger ab, indem es die Anschauung vertrat, daß der Verband mit der Bekanntgabe in sieben gelesesten Zeitungen des Reichs den Klagen genüge habe. Die Veröffentlichung sei in rechtlichem Sinne eine Offerte an die Kundenschaft.

Tabak als notwendiger Lebensbedarf. Die Frage, ob Tabak zum notwendigen Lebensbedarf gehöre, hat soeben das sächsische Oberlandesgericht bejaht. Es vertritt die Auffassung, daß Tabak und Tabakerzeugnisse für die Allgemeinheit nicht als notwendiger Lebensbedarf gelten kann, andererseits aber zuzugeden ist, daß für weitere Kreise der Tabakgenuss, besonders in der gegenwärtigen schweren Zeit, ein dringendes Bedürfnis ist, dessen Befriedigung zum Durchhalten als unbedingt notwendig erachtet werden muß.

Aus aller Welt. Straßenbahnzusammenstöße, als Jugendspäße. Ein Berliner 15-jähriger Straßenkehrer stellte eine Straßenbahnweiche um und bewachte dadurch, daß

in voller Fahrt verunfallte, wasagen der Straße in die falsche gestellte Weiche fuhr und mit einem einbiegenden Wagen zusammenstieß; dabei wurde der Wagen fast völlig zertrümmert. Die Fahrerin wurde zwischen den Wagenteilen demütiglos hervorgezogen und schwer verletzt nach der Charité gebracht. Von den Fahrgästen trugen zwei Damen schwere Verletzungen davon, und weitere erlitten Quetschungen der Hände. Es gelang, den Uebelthäter zu ermitteln und festzunehmen.

Als Lebensgefahr gerettet. Beim Buchbindersammelns stürzte die vierjährige Tochter der Familie Schneider aus Hadeswagen einen Abhang hinunter in die Wippen. Als auf die Hilferufe anderer Kinder der die Eltern herbeieilten, war die Kleine bereits verschwunden. Erst nach einer Weile tauchte das Kind nochmals auf. Der Heizer Bäderamt sah es, sprang sofort in den Fluß und brachte das Mädchen glücklich ans Land. Wiederbelebungsbemühungen hatten Erfolg. Ein Heizer vernichtete in Dähre das Dampfagewerk von Giffen. Es brannte das ganze Werk nieder bis auf die Mühle und den Maschinenraum. Der Schaden betrug sich auf 50 000 bis 60 000 Mark.

Erstickungstod durch Kohlenäure. Der Maschinist Hermann Höbe wurde im Eisenbahnraum der Werkstatt der Hamburg-Altonaer Eisenbahn auf Aufzügen leblos aufgefunden. Die Ursache ist der Anlaß, daß er durch die Einwirkung von Kohlenäure zu Tode gekommen ist. Die Kohlenmaschine, einströmte in den Raum.

Das Liebeskummer unternahm die 17-jährige Verla, aus Anklam einen Selbstmordversuch, indem sie in die Reine sprang. Nachdem sie in dem kalten Bode sich ihr Mädchen abgesetzt hatte, mußte ihr das Leben doch wieder wunderbarerweise erhalten sein, denn sie kroch an einem Fischluder hoch, wo sie später Bewußtlos aufgefunden wurde. Das Mädchen wurde nach dem Krankenhaus geschafft, wo es sich bald wieder erholt.

Der einzige Sohn des Großfürsten Michael von Rußland, Graf Michael von Torsch, ist Betrüger für englische Modeblätter geworden. Ein französischer Apotheker hat gefunden, daß Tomatenblätter einen wirksamen Tabakerzatz bieten. Die ungarischen Frauenrechtlerinnen verlangen, daß an den kommenden Friedensverhandlungen auch Frauen teilnehmen sollen.

Nach dem Genug von Doh trank die 13-jährige Tochter des gefallenen Postleitnants Grage in Neumünster Wasser, erkrankte schwer und verstarb einige Stunden später unter menschlichen Qualen.

Der Kassenassistent Boder in Hadersleben hat an der dortigen Kreisbank 100 000 Mark unterschlagen. Ein außergewöhnlich dreistes Gaunerstück wurde in Gläsbura verübt. Aus einem Garten auf der sogenannten „Bastorenpöppel“ wurde ein großer, mit Früchten vollkommener Apfelbaum von Dieben abgehackt und gestohlen.

Von einer Aeser erkrankte wurde Frau Antje Götze aus Fegel. Badarbeiter waren mit Holzfällen beschäftigt, während die Frau Brombeeren pflügte. Die Frau soll von den Badarbeitern wiederholt auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden sein.

### Locales und Provinziales.

Artikel mit dem Zeichen \* sind Originalartikel und dürfen nur mit genauer Quellenangabe nachgedruckt werden.

### Bierstadt, den 15. Oktobr.

Unser Friedensangebot an Wilson darf keinen Eindruck der Schwäche auslösen. Die feindlich Presse frohlockt bereits darüber, daß die Widerstandskraft unserer Front im Schwinden begriffen sei. Unser kühnes Heer wird sie eines Besseren belehren. Unser tapferes Soldaten müssen in diesem kritischen Zeitpunkt mit erneuter Fähigkeit die Nerven anspannen und den Feinden beweisen, daß ihre Hoffnung auf den deutschen Zusammenbruch trügerischer Dahn ist. Dann muß der Feind erkennen, daß an der Festigkeit des deutschen Soldaten sein Uebermut zerfällt, daß unsere Front gehalten wird, trotz der gewaltigen Anstrengungen der Feinde. Nur wenn unser tapferes Heer seine Entschlossenheit wieder einmütig bekundet, werden unsere Feinde wieder erkennen müssen, daß sie den Geist der deutschen Armes unterschätzt haben. Dann wird das deutsche Friedensangebot, auch wenn es von den Feinden als Schwäche gedeutet wird, sich die Achtung verschaffen, die ihm zukommt. Denn hinter ihm steht einmütig und geschlossen die Stärke des deutschen Volkes.

Große Aufregung bemächtigte sich gestern Mittag der Anwohner des Elektrischen Wagens der die Wilhelmstraße in der Richtung Bierstadt 2,06 Uhr verläßt. Kurz vor der Weiche an der Plamenterstraße rollte der Wagen wieder rückwärts und dieses Mal ziemlich langsam. Am Hotel Palmoral gelang es dem Führer den Wagen zum Stehen zu bringen. Viele der Fahrgäste sprangen im ersten Schrecken von dem rollenden Wagen ab. Eine Frau geriet in Zuckungen. Unschicklich hat der Motor vor der Weiche die in langsamer Fahrt passiert werden soll, nicht rechtzeitig eingelegt. Die Fahrt wurde dann nach Bierstadt fortgesetzt, aber nur mit einem Teil der Fahrgäste. Das Saub, das jetzt von den Bäumen fällt, macht das Bergfahren ungemein schwierig.

Der Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung am Freitag Abend die Holzbauverträge für 1919 zu folgenden Sätzen dem Holzbauverwalter B. Zerbe 3. in Rumbach zu gewähren. Nuzholz in Stämmen M. 4.— für den Festwert, für Strohholz 1. M. das Stück 40 Pf., 2. M. 35 Pf., 3. M. 30 Pf., 4. M. für 100 Stück 25 Mark, 5. für 100 Stück 20 M., und 6. für 100 Stück 15 M. Für Schnitt- und Knüppelholz 5 M. der Raummeter. Für Wägen die 100 Stück 20 M. Für Reiser 1 (Knüppel) 5 M. der Raummeter in Haufen 1 Mark der Raummeter. Für besondere Mähewaltung erhält 3. vom Kfordanteil

3 Proz. des Holzhauerlohnes. Ein Gesuch um Erlass des zu zahlenden Geldes für gesteigertes Holz, das angeblich entwendet sei, wird abgelehnt. Dagegen wird ein erbetener Auslass für gesteigertes Holz genehmigt. Das nur bedürftige Personen in der neuen Schule lagernde Holz soll mit 4.50 für den Str. abgegeben werden.

\* Gegen die Hamsterei im hies. Landkreis wendet sich in einer Bekanntmachung in heutiger Nummer der Vorrede des Kreisamtschusses. Die Herren Bürgermeister sind angewiesen, dagegen auf das Schärfste vorzugehen, da namentlich die Kartoffelhamsterei einen Umfang angenommen habe, die katastrophal für den Kreis wirken könne.

\* Butter kommt morgen Mittwoch zur Ausgabe. Für Kranke und werdende Mütter Teigwaren und Graupen. (Siehe Bekanntmachung).

\* Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in der Vordergasse in Bierstadt liegt bei dem hies. Postamt von heute ab vier Wochen aus.

\* Ein Papierballon, wie er zur Festsetzung der Windrichtung benutzt wird, landete gestern auf dem hies. Kirchplatz. Vom Gouvernament Mainz, das benachrichtigt war, wurde der Ballon abgeholt.

△ Zur Entlastung der Schnellzüge. Vieles werden die Schnellzüge von Urlaubern benutzt, die dazu keine Berechtigung haben. Das Bahnpersonal ist daher angewiesen worden, die Fahrtscheine der Urlauber genau zu prüfen und diejenigen, die keine Berechtigung haben, der nächsten Bahnhofskommandantur zuzuführen. Für die von der Westfront kommenden Urlauber ist ein besonderer Urlauberszugverkehr eingerichtet worden, der die Züge des öffentlichen Verkehrs entlasten soll. Nur bei außergewöhnlich bringenden Dienst- oder Urlaubreisen dürfen Urlauber oder andere Militärpersonen (Unteroffiziere und Mannschaften) die von und nach der Westfront verkehrenden Züge benutzen. Offizieren und den im gleichen Range stehenden Militärbeamten ist jedoch die Benutzung dieser Schnellzüge vorläufig noch freigegeben.

△ Soll man während der Kriegszeit turnen? Ja wohl, jetzt erst recht. Geist und Nerven, die durch die Aufregungen und Sorgen der Gegenwart hochangespannt werden, bedürfen der Ablenkung und Erfrischung, und diese gewähren die Leibesübungen bei frisch-fröhlich-freier Betätigung in Gesellschaft Gleichgesinnter in reichem Maße. Darum mögen alle, Männer, Frauen und Kinder, turnen, sie werden den Nutzen bald spüren.

△ Der Paketverkehr mit Bulgarien und der Türkei ist wegen Verkehrsschwierigkeiten auf dem Balkan vorübergehend gesperrt.

△ Für Wallnüsse, für die bisher Höchstpreise nicht festgesetzt wurden, werden unglaublich hohe Preise gezahlt. Man zahlt für den Zentner 300 bis 500 Mark. Ein Ausfuhrverbot besteht nicht, und daher zahlen auswärtige Händler jeden Preis.

## Bekanntmachungen.

Auf Folge 8 der Fettkarte kommt in den Geschäften von

Karl Stiehl, Erbenheimerstraße  
Stern, Langgasse  
Reifenberger, Rathausstr.  
Singer, Wiesbadenerstr.  
K. L. Mayer, Rathausstr.  
Raabe, Bierstädter Höhe  
Raabenheimer, Bierstädterhöhe

am Mittwoch, den 16. Oktober

— 50 Gramm Butter —  
zum Preis von 38 Pfg. per Karte zur Ausgabe.

Die Kranken können für 1 Woche Butter in Empfang nehmen.

Bierstadt, den 16. Okt. 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Auf Folge 18 der Lebensmittelkarte kommt in den hies. Geschäften von Donnerstag, den 17. Oktober an

— ½ Pfund Honig-Erbsen —

zum Preis von 38 Pfg. per Karte zur Ausgabe.

An die Kranken und werdende Mütter kommen Teigwaren und Graupen zur Ausgabe.

Bierstadt, den 15. Okt. 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

H. Binz.

Brickel werden auf Folge 4 der Haushaltsbrennstoffarten Nr. 151—290 bei Kaufmann Stern, Langgasse und auf die Nr. 291—450 im Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend, Schulgasse ausgegeben.

### Holzangabe.

An alle minderbemittelten Haushaltungen gelangen am Mittwoch Nachmittag von 3—6 Uhr in der neuen Schule in der Abstr. je 2 Zentner Holz zum Preise von 4.50 M. zur Ausgabe. Der Schein dazu ist vorher zu derselben Zeit im Zimmer 3 des Rathauses gegen Bezahlung abzuholen.

Bierstadt, den 15. Oktober.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Die Haushalts-Brennstoffarten Nr. 107 und 606 sind angeblich verloren gegangen und werden daher für ungültig erklärt. Sollten die Karten gefunden werden, so sind sie im Rathaus abzugeben. Die mißbräuchliche Benutzung wird bestraft.

### Betr. Bekämpfung des Schleichhandels und der Hamsterei.

Der Herr Vorsitzende des Kreisamtschusses hat mir mitgeteilt, daß der Schleichhandel im Heu und Stroh und noch mehr die Hamsterei in Kartoffeln im Kreis einem derartigen Umfang angenommen hat, daß wenn es so weiter geht unser Kreis vor einer Katastrophe steht und schon um Weihnachten herum die Not so groß sein wird, daß bei den Erzeugern die ihm freigegebenen Kartoffelmengen durch Militär beschlagnahmt und aus den Kellern geholt werden müssen.

Ich richte daher an alle Erzeuger die Bitte doch endlich vom Schleichhandel abzulassen und dadurch mitzutheilen, daß die Hamsterei aufhört und alle Versorgungsberechtigten auch wirklich versorgt werden können.

Der Herr Vorsitzende des Kreisamtschusses hat mich angewiesen, rücksichtslos alle Schleichhändler und Hamstereur zur gerichtlichen Anzeige zu bringen.

Es muß Abhilfe geschaffen werden, damit wir über die schwere Zeit hinwegkommen.

Bierstadt, den 15. Oktober 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

## Wiesbadener Theater.

### Königliches Theater.

Dienstag, 15. Ab. 8. Die Zauberflöte. 7 Uhr  
Mittwoch, 16. Ab. 8. Die Schwestern und der Fremde. 7 Uhr.

## Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Kochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11½ Uhr.

Dienstag, 15. 4 und 8 Uhr. Abonnement-Konzert des Kurorchesters

Donnerstag, 13. 4 und 8 Uhr. Abonnement-Konzert des Kurorchesters.

## Elektrisches Installationsmaterial

### — Osramlampen —

Flack, Wiesbaden, Luisenstrasse 44  
neben Residenztheater.

## Landwirte Achtung!

Alle Reparaturen an Maschinen schnell und billig bei  
L. Pfeil, Wiesbaden, Friedrichstr. 44. Tel. 6201

## Goldene Trauringe

eigene Anfertigung, moderne Form, stets auf Lager

Joh. Kühn, Wiesbaden, Goldschmiedemeister  
Langgasse 42, im Hotel Adler. — Tel. 2331.

## Hüte — Pelze

stets das Neueste der Mode

## :: Umarbeiten ::

schnellstens u. billigst.

— Zum Umpressen —

moderne Formen.

## Modehaus

## Ullmann

Fernruf 2972 Wiesbaden Kirchgasse 21.  
Den ganzen Tag ununterbrochen geöffnet.

## Goldene Trauringe

von Mk. 12.<sup>50</sup> bis Mk. 150.— per Stück  
nur solange Vorrat.

## Uhrenhaus A. Bok

Wiesbaden Langgasse 4.

# Pelze

## aller Art

werden von fachmännischer Hand gut und preiswert nach den neuesten Modellen umgearbeitet.

Durch langjährige Tätigkeit bei der Firma Bacharach sind wir in der Lage den größten und verwöhntesten Ansprüchen gerecht zu werden.

Geschwister Bey, Wiesbaden,  
Gr. Burgstr. 9, III. Telephon 6534.

Robert  
Hofmann  
Wiesbaden  
Kirchgasse 50/52  
Pelz-Kragen  
Pelz-Muffe  
Pelz-Kapes  
in allen Fellarten und den  
neuesten Modellen  
Pelzhüte  
Kleidsame Neuheiten in  
grosser Auswahl  
Umarbeitungen u. Neuaufbereitungen  
schnell, gewissenhaft u. preiswert

## Heinrich Fried

### Wiesbaden

Fernruf 6599 Kirchgasse 50/52

### Pelz-Kragen

### Pelz-Muffe

### Pelz-Kapes

in allen Fellarten und den  
neuesten Modellen

### Pelzhüte

Kleidsame Neuheiten in  
grosser Auswahl

Umarbeitungen u. Neuaufbereitungen  
schnell, gewissenhaft u. preiswert

## Ausgefärbte Frauenhaare

kauft für Heereszwecke zum Höchstpreis die  
von der Kriegs-Rohstoff-Abt. Berlin ernannte  
Grossaufkaufstelle

### Gustav Herzig.

Auch Männerschnitthaare werden zu höchsten  
Tagespreisen gekauft.

Annahmestelle Webergasse 10, Wiesbaden.

## Marie Schrader

### Spezialgeschäft

für

### vornehme Damen-Hüte

Fernruf 1893 WIESBADEN Langgasse 5  
zeigt den

Eingang der neuesten Modelle

sowie sämtliche damit verbundenen

Neuheiten der Jahreszeit.

### Trauerhüte

stets in grosser Auswahl und in jeder Preis-  
lage am Lager.

### Frontspiz-Bwohnung

3 Zimmer, 1 Küche nebst  
Zubehör zu vermieten.  
Wilhelm Schild, Gasthaus  
zum Engel.

### Rockarbeiterinnen

sowie

### Zuarbeiterinnen

für

Röcke und Tailen

sucht

### J. Herz

Damenmoden

Wiesbad., Langgasse 20

### 1 Stalltür mit Rahment

bill. z. verk. Baurturnmal-  
lee 8. — 50—60 Ruten  
Kartoffelkaud i. Nähe d.  
Baurturnms zu pachten ge-  
sucht. Wolf, Baurturn-  
allee 8. Telef. 4536.

### Küchenschürzen

(Cellulose) hübsche dunkle Muster,  
geputzt und gestreift  
gewöhnlich weit a. 6.75 M.  
extra weit a. 9.80 M.  
mit Träger a. 10.80 M.

versendet pr. Nachnahme so lau-  
ge Vorrat reicht

Be. sandgesch. B. Plath,

Tuchol. I. D.

(vorm. H. Meisen Ww.)